
ARBEITSLOSIGKEIT UND INDUSTRIELLE GESELLSCHAFT

Rezension von: Manfred Prisching,
Arbeitslosenprotest und Resignation
in der Wirtschaftskrise, Campus-
Verlag, Frankfurt/Main, New York,
1988, 208 Seiten.

Seit Mitte der siebziger Jahre ist die westliche Wirtschaft durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Diese notorische Tatsache erhält in historischer Sicht deshalb besonderes Gewicht, weil die Industriestaaten in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg in zunehmendem Maße mit dem Anspruch aufgetreten waren, dieses Problem endgültig gelöst zu haben. Die Sorge der späten sechziger Jahre blieb die „Feinsteuerung der Konjunktur“, sodaß sich die Frage der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr stellen konnte.

Die Ernüchterung kam schlagartig: Es kann und soll in diesem Rahmen nicht das Verkennen der Gegebenheiten und der Reichweite wirtschaftspolitischer Instrumente erörtert werden, das ist sehr ausführlich unter verschiedenen wirtschaftstheoretischen Aspekten geschehen, sondern jenes Problem, das bisher nahezu überhaupt keine Diskussion ausgelöst hat, nämlich die gesellschaftspolitische Relevanz der heutigen Arbeitslosigkeit. Vor noch nicht zwei Jahrzehnten hatte man nämlich angenommen, Arbeitslosigkeit könne auch nicht durch verfehlte – oder gar auf ihre Entstehung zielende – Wirtschaftspolitik zustandekommen, weil jede Regierung, die ein signifikantes Ansteigen der Arbeitslosenrate zuließe, von den Wählern hinweggefeht würde. Die heutige Realität steht in Wirtschaft und Gesellschaft im krassen Gegen-

satz zu den damaligen Vorstellungen. Nicht nur erleben wir Dauerarbeitslosigkeit in Ausmaßen, welche in manchen Ländern durchaus jene der Weltwirtschaftskrise erreichen, sondern auch die besondere Stabilität von Regierungen, die klar machten, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht zu ihren vorrangigen Zielen zählt.

Das gilt in erster Linie für das Kabinett Thatcher, dem auf Grund der angeführten Überlegungen nur eine kurze Lebensdauer prophezeit wurde. Doch festigte sich Thatchers Position nicht nur immer mehr, heute, nach 15 Jahren, haben die Parteien, welche ihre Politik mißbilligten, stete Mißerfolge zu verzeichnen und werden von internen Auseinandersetzungen erschüttert. Zwar läßt sich diese Entwicklung nicht ohne weiteres auf die anderen westlichen Industriestaaten übertragen, dort vollzogen sich durchaus politische Regimewechsel, die allerdings zu keiner grundsätzlichen Wende in der Wirtschaftspolitik führten. (Um Mißverständnissen vorzubeugen – auch nicht in Schweden. Schon die Regierung Palme III schaltete entschieden auf Budgetstabilisierung und Leistungsbilanzausgleich. Die massive Abwertung erbrachte angesichts der leistungsfähigen schwedischen Industrie einen solchen Impuls, daß sich allein dadurch das Wirtschaftswachstum beschleunigte – wenn man will, beinhaltete die Abwertung ein Element von „supply-side-economics“.) Allen OECD-Staaten war offenbar die Überzeugung gemeinsam, das anderen (wirtschafts)politischen Problemen höhere Priorität zukomme, als Vollbeschäftigung, oder anders, daß andere ökonomische Probleme gelöst werden müßten, um wieder zu Vollbeschäftigung zu gelangen.

Nun könnte eingewandt werden, die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten einer kleinen, offenen Volkswirtschaft seien derart beschränkt, daß ihre Regierung, was für Prioritäten immer sie setze, den internationalen Gegebenheiten folgen müsse. Doch bleibt da-

mit das zuvor Gesagte unverändert für die maßgeblichen Großstaaten gültig und für die soziale Situation des Westens charakteristisch.

Aber selbst wenn man den Aspekt der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten und Begrenzungen aus dem Auge läßt, feststeht, daß die relativ hohe Arbeitslosigkeit die Stabilität der westlichen Gesellschaften ebenso wenig zu gefährden vermochte, wie der abrupte Wechsel im Wachstumsmuster seit 1975. Die Akzeptanz des Kardinalproblems der dreißiger Jahre durch die Gesellschaft ist ebenso ein Phänomen, wie der Umstand, daß dieses von soziologischer und politologischer Forschung kaum zur Kenntnis genommen wurde. Zwar wird von „engagierten“ Sozialwissenschaftlern seit längerem von der „Zweidrittelgesellschaft“ geschrieben, doch ohne nach den Ursachen dieser „Spaltung“ zu fragen. Sie wird als moralischer Fehltritt klassifiziert und auf dieser Basis eine Fülle von Vorschlägen erstellt, wie man diesen wieder gutmachen könnte, also auf Analyse wenig Wert gelegt.

M. Prisching hat sich nun dieses Themas ohne „Engagement“ angenommen, er fragt, warum angesichts der sehr hohen Arbeitslosenraten jeglicher Protest der Betroffenen ausgeblieben sei, diese, wie überhaupt die Bevölkerung angesichts des offenbar schlecht funktionierenden Wirtschaftssystems, es nicht ablehnten, keine neuen alternativen Ideologien entstünden, und die politischen Organisationen der Arbeitnehmer nicht energisch auf dieses Problem reagierten.

In der Beantwortung dieser Fragen geht er davon aus, wie das gegebene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit heute beurteilt werde. „Ein Protest kleiner Gruppen muß, will er erfolgreich sein, auf eine gewisse gesamtgesellschaftliche Resonanz stoßen“, und da zeigen sämtliche angestellten Untersuchungen, daß die

wirtschaftliche Situation, wie sie sich seit 1975 darbietet, keinesfalls als Krise empfunden wird, sondern als eine Situation, in welcher sich der gegebene Besitzstand mehr oder minder stabilisiert hat. Die vor dem Wachstumsknick sehr hoch gespannten Erwartungen hatten sich rasch den neuen Bedingungen angepaßt, sodaß es keinesfalls zu einer Diskrepanz zwischen diesen und der Leistungsfähigkeit des Systems kam, was kämpferische Unzufriedenheit hätte herbeiführen können. Eine Determinante dieser Einstellung liegt vermutlich in der Erkenntnis, daß attraktive Alternativen zum gegebenen Wirtschaftssystem nicht existieren. Mochten in der Vergangenheit derartige Konzepte Massen begeistern, so scheint derartiges heute unmöglich, weil sich die hochgespannten Versprechungen im Lichte der seither gemachten Erfahrungen in Nichts aufgelöst haben und nur mehr sehr komplizierte Diskussionen geblieben sind, welches wirtschaftspolitische Instrument eingesetzt werden sollte. Dafür aber läßt sich kein Enthusiasmus wecken. (Solcher bedarf – auch unverständener – Symbole, wie etwa des EG-Beitritts, der in Österreich eine geradezu hysterische Reaktion der Öffentlichkeit hervorrief.) Angesichts der engen weltwirtschaftlichen Verflechtung kommt es auch zu keiner Schuldzuweisung. Den Vertretern des Systems, den Politikern, wird im allgemeinen zugebilligt, daß ihnen keine anderen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten offen stünden.

Ein ganz wesentliches Element dafür, daß Arbeitslosigkeit in der Gegenwart vom Betroffenen wie der Öffentlichkeit ganz anders empfunden wird als in den dreißiger Jahren, sieht Prisching in der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung. Natürlich bedeuten die Arbeitslosenunterstützung und noch mehr die Notstandshilfe Einkommenseinbußen, die aber im Gegensatz zur Vergangenheit nicht zu sichtbarer Armut führen. Dazu mag auch beitra-

gen, daß die klassische Vorstellung von einem arbeitslosen Familienvater, der Frau und Kinder zu erhalten hat, nur auf einen sehr geringen Prozentsatz der Arbeitslosen zutrifft (1983 in Österreich 8 Prozent). Vorwiegend sind Jugendliche und Frauen im Familienverband betroffen, sowie allein-stehende Männer. Weiters ist auch, vermeint der Autor, keine Solidarisierung mit den Arbeitslosen auf Klassenbasis zu erwarten. Die Klassensolidarität, die im 19. Jahrhundert teilweise existierte, ging mit der Auflösung der „Arbeiterklasse“ in eine recht diffuse Mittelstandsgesellschaft verloren, welche zu einer stärkeren Individualisierung, verbunden mit intensiverer Zuwendung zu anderen Gruppen führte.

Weitere Entsolidarisierungseffekte erwartet Prisching von einer zunehmenden Partikularisierung des Arbeitsmarktes, wie aus dem Bemühen der Beschäftigten, die Gefahr einer Arbeitslosigkeit zu verdrängen. Auch im Rahmen der Gewerkschaft ist keine Organisation eines Arbeitslosenprotestes wahrscheinlich, da diese in korporatistisch organisierten Staaten eng in die politischen Entscheidungen eingebunden sind, und daher auch deren „output“ mitzuverantworten haben. Auch der für die Gewerkschaften relevante Konfliktlösungsmechanismus schließt eigentlich einen organisierten Protest in dieser Frage aus. Außerdem kommt nur ein relativ kleiner Teil der Arbeitslosen als Träger eines solchen Protestes in Frage, da die Mehrzahl die Arbeitslosigkeit nur als Durchgangszustand betrachtet, den sie aus eigener Initiative innerhalb relativ kurzer Zeit verlassen haben wird. Die Problemgruppen des Arbeitsmarktes: Frauen, Jugendliche, Behinderte, ausländische Arbeitskräfte und ältere Arbeitnehmer verfügen über „Alternativrollen“, wie Haushalt, verlängerte Ausbildung, Rückwanderung, geschützte Werkstätten und Altersfrühpensionen, die ihnen den Rückzug vom Arbeitsmarkt erlauben,

ohne eine allzu gravierende Statusminderung zu erfahren, und schließlich fehlt den dafür in Frage kommenden Gruppen der Arbeitslosen das „Protest-Know-how“, über welches etwa Akademiker im hohen Maße verfügen.

Die bedeutsame Studie Prischings enthält eine Fülle wesentlicher Einsichten – explizit und implizit. Sie regt über ihre Aussagen hinaus zu weitergehenden Studien an. Nach Meinung des Rezensenten lassen sich die vom Autor angeführten Ursachen für das Ausbleiben eines Arbeitslosenproblems in zwei Gruppen teilen. Die erste – fundamentale – umfaßt die Akzeptanz des gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems durch die überwiegende Bevölkerungsmehrheit, die Meinung, daß es dazu oder auch nur zur gegenwärtigen Politik keine Alternative gäbe sowie die wohlfahrtsstaatliche Absicherung. Die meisten übrigen Einflußfaktoren scheinen sich mehr oder minder aus den ersten Determinanten zu ergeben. Und in dieser grundsätzlichen Akzeptanz des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems durch die Bevölkerung im allgemeinen, aber auch durch die Arbeitslosigkeit Betroffenen im besonderen, scheint die Hauptursache für das Ausbleiben jeglicher Proteste zu liegen.

Aber man könnte noch weiter gehen – damit nähert man sich der impliziten Aussage Prischings – und sagen, daß sich die heutige Gesellschaft der westlichen Industriestaaten einem, in ökonomischen Termini ausgedrückt, Zustand des Gleichgewichts angenähert habe, in welchem Prozeß natürlich immer wieder Störungen auftreten, die aber durch das System aufgefangen und verarbeitet werden. Und man könnte die gegenwärtige Situation in einen noch weiteren historischen Kontext stellen. Der ungeheure historische Umwälzungsprozeß der industriellen Revolution war durch eine Vielzahl von Friktionen charakterisiert, welche in der gesellschaftlichen

Entwicklung immer wieder schwere Krisen heraufbeschworen. Die unterschiedliche Bewertung der Arbeitslosigkeit in den dreißiger und in den achtziger Jahren und ihre Ursachen deuten auch darauf hin, daß sich dieser große Umwälzungsprozeß seinem Ende nähert, wodurch ebenfalls die Gleichgewichtshypothese gestützt wird. Diese Auffassung enthält auch durch die neueste Entwicklung in den RGW-Staaten eine Stütze. Als der einzige Vorteil des dortigen Wirtschaftssystems wurde vielfach die Abwesenheit von Arbeitslosigkeit betrachtet. Nun scheinen die maßgeblichen Kreise dieser Länder zu der Ansicht gekommen zu sein, Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen zu müssen, um die Effizienz der Wirtschaft zu steigern.

Das alles sind Interpretationen des Rezensenten, nicht des Autors, der die Konsequenzen seiner Studie zu bescheiden – oder zu vorsichtig – einschätzt, wenn er schreibt: „Die Feststellung, daß die Chancen für einen Arbeitslosenprotest, der breite Resonanz findet, derzeit in Mitteleuropa nicht hoch sind, ist also eine zeitgeschichtliche Momentaufnahme; sie ist weder als wertende noch als prognostische Feststellung gemeint.“ Letzteres wird man nicht ohne weiteres akzeptieren können, weil die *ceteris-paribus*-Prognose den Test für die Brauchbarkeit einer wissenschaftlichen Hypothese darstellt.

Natürlich drängt sich einem nach der Lektüre dieser Studie die Frage auf: ist also heute Arbeitslosigkeit irrelevant geworden, ist die Höhe der Arbeitslosenrate für den Zustand eines Staates gleichgültig? Solches läßt sich keinesfalls aus der Studie folgern. Arbeitslosigkeit scheint nach wie vor ein gravierendes Problem zu sein, das aber seinen eigenen Charakter geändert, wie sich auch seine soziale Umgebung gewandelt hat. In diesem Bereich scheinen auch noch weitergehende Untersuchungen vorstellbar. Die meisten sozialpsychologischen Bewertungen des Problems rekurren auf die legendäre Studie über die Arbeitslosen von Marienthal, die ja nun wirklich ein sehr andersartiges Forschungsprojekt untersuchte, als jenes, das uns heute interessiert. Hier wären eingehende Forschungen über Struktur, Lebensstandard, familiäre Situation und psychische Befindlichkeit der Arbeitslosen heute sinnvoll.

Alles in allem hat Prisching ein wesentliches Buch verfaßt. Das gilt nicht nur für dessen Inhalt, Aufbau und Aussage, sondern auch dafür, daß er ein brennend aktuelles Thema voraussetzungslos aufgegriffen hat, worüber man bisher nur politische Meinungen gehört hat.

Felix Butschek